

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Maget**, Susann Biedefeld, Adelheid Rupp, Dr. Thomas Beyer, Rainer Boutter, Jürgen Dupper, Dr. Linus Förster, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Wolfgang Hoderlein, Peter Hufe, Dr. Heinz Kaiser, Dr. Hildegard Kronawitter, Willi Leichtle, Monica Lochner-Fischer, Heidi Lück, Hermann Memmel, Herbert Müller, Christa Naaß, Bärbel Narnhammer, Gudrun Peters, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Dr. Christoph Rabenstein, Karin Radermacher, Florian Ritter, Werner Schieder, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayr, Wolfgang Vogel, Rainer Volkmann, Joachim Wahnschaffe, Angelika Weikert, Hans Joachim Werner, Johanna Werner-Muggendorfer, Ludwig Wörner, Klaus Wolfrum und **Fraktion SPD**,

Margarete Bause, **Dr. Sepp Dürr**, Renate Ackermann, Ulrike Gote, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Ruth Paulig, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Adi Sprinkart, Christine Stahl Simone Tolle und **Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Zur Prüfung möglicher Versäumnisse von Staatsminister Erwin Huber, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Staatsminister Joachim Hermann und Staatssekretär a.D. Georg Schmid im Zusammenhang mit der Information des Bayerischen Parlaments über Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungsbedarf der Bayerischen Landesbank für das Geschäftsjahr 2007 und der Ausübung der diesbezüglichen Kontrollfunktion und zur Prüfung der Frage, ob Staatsminister Erwin Huber gegenüber dem Bayerischen Parlament seit Dezember 2007 Auskünfte erteilte, die möglicherweise nicht in vollem Umfang seinem Kenntnis- und Wissensstand entsprachen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag setzt gem. Art. 25 der Verfassung des Freistaates Bayern einen Untersuchungsausschuss ein.

Die Bayerische Landesbank, als Staats- und Kommunalbank mit öffentlichem Auftrag, ist aufgrund risikoreicher Geschäfte in Südostasien, mit Krediten an die Kirch-Gruppe und mit Anlagen auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt seit Jahren in den Schlagzeilen. Aktuell wurde mehrfach über das Geschäftsgebaren der BayernLB im Zusammenhang mit strukturierten Wertpapieren und Verlusten, Abschreibungen und Wertberichtigungsbedarf in Milliardenumfang berichtet.

Ein weiteres Engagement der BayernLB erfolgte im Sommer 2007 im Rahmen einer Beteiligung auf dem Liechtensteiner Finanzmarkt, der wegen dort möglicherweise stattgefundener Vermögensverschleierungen und Steuerhinterziehungen durch deutsche und bayerische Steuerzahler seit Februar

2008 erneut kritisch in der öffentlichen Berichterstattung beleuchtet wird und Kern staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ist.

Diese genannten Geschäfte erfolgten möglicherweise mit Zustimmung von Vertretern der Bayerischen Staatsregierung im Verwaltungsrat der BayernLB. Aktuell ergibt sich in diesem Zusammenhang die Besorgnis, dass der Staatsminister für Finanzen Erwin Huber gegenüber dem Bayerischen Parlament möglicherweise mehrfach und wissentlich Auskünfte erteilt haben könnte, die nicht in vollem Umfang seinen Kenntnis- und Wissensstand widerspiegeln.

Der Untersuchungsausschuss soll hierzu folgende Fragen untersuchen und prüfen:

1. Über welche Informationen verfügte Staatsminister Erwin Huber im Hinblick auf Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungsbedarf der BayernLB für das Geschäftsjahr 2007 seit 4. Dezember 2007, zu welchem Zeitpunkt erlangte er diese Informationen einschließlich der Informationen über das vorläufige Ergebnis für das Geschäftsjahr 2007, und aus welchen Quellen stammten diese Informationen ggf.?
2. Welche Festlegungen wurden im Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB wann und auf wessen Initiative zu Zeitpunkt und Umfang der Veröffentlichung von Geschäftszahlen der BayernLB für das Geschäftsjahr 2007 getroffen?
3. Informierte Staatsminister Huber das Bayerische Parlament in den Sitzungen des Plenums am 11. Dezember 2007, 30. Januar 2008 und 14. Februar 2008 und in den Sitzungen des Haushalts-Ausschusses am 12. und 21. Februar 2008 und darüber hinaus bis zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses seinem jeweiligen Kenntnis- und Wissensstand entsprechend, wenn nein, an welchen Informationen und Erkenntnissen ließ er das Bayerische Parlament ggf. nicht teilhaben, ggf. aus welchen Gründen?
4. Welche Maßnahmen ergriffen ggf. Staatsminister Erwin Huber, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Staatsminister Joachim Hermann und der ehemalige Staatssekretär Georg Schmid, um ihrer Kontrollfunktion bezüglich risikobehafteter Geschäfte der BayernLB im Geschäftsjahr 2007 gerecht zu werden, und wie ist der aktuelle Stand der Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungen der BayernLB aus ihren Geschäften mit strukturierten Wertpapieren zum Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses?